



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Sandro Kirchner, Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Klaus Holetschek, Dr. Marcel Huber, Jochen Kohler, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Martin Wagle CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/1817, 18/2749

Mobilität der Zukunft: Technologieführerschaft und -offenheit erhalten

Der Landtag bekennt sich zum Technologie- und Innovationsstandort Bayern. Im Hinblick auf die Mobilität der Zukunft muss es Bayern gelingen, seine Technologieführerschaft zu sichern.

Der Landtag begrüßt daher die Aktivitäten der Staatsregierung im Rahmen des Zukunftsforums Automobil, den Aufbau von Kompetenzen im Bereich von Batterietechnologie an mehreren Standorten in Bayern, die Bewerbung als Standort für eine „Forschungsfertigung Batteriezelle“ und die Entwicklung eines Verbundzentrums synthetische Kraftstoffe in Straubing, je im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel.

In diesem Sinne wird die Staatsregierung aufgefordert, weiterhin alternative Antriebstechnologien wie insbesondere Plug-in Hybride und Elektrofahrzeuge mit Batterie und innovativer Brennstoffzellentechnologie (u. a. Wasserstoff, LOHC etc.) zu fördern. Gleichzeitig sollten im Sinne der Technologieoffenheit bewährte Antriebstechnologien mit Verbrennungsmotoren einschließlich des Einsatzes innovativer synthetischer Kraftstoffe (e-fuels, Biokraftstoffe etc.) weiterentwickelt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die zeitnahe Vorlage eines ganzheitlichen, technologieoffenen Energie- und Mobilitätskonzepts einzusetzen, das auf die Gesamtkobilanz ausgerichtet ist.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund gegen die Benachteiligung synthetischer Kraftstoffe einzusetzen und konkret für:

- ein Konzept für die Marktentwicklung und Regulierung synthetischer Kraftstoffe, adressiert auf alle Verkehrsträger und unter Prüfung der steuerlichen Belastung und von Investitionsanreizen in der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie;
- die zeitnahe Berücksichtigung von synthetischen Kraftstoffen bei zukünftigen Regelungsvorhaben der Europäischen Kommission, im Besonderen bei der CO₂-Flottenregulierung Pkw und schwere Nutzfahrzeuge, und gleichwertige Anerkennung als Ergänzung zur Elektromobilität;
- die Entwicklung einer klaren verkehrs- und automobilpolitischen Zielvision, in der ökonomische, soziale und ökologische Anforderungen langfristig und dauerhaft miteinander in Einklang gebracht werden.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident